

gen zusammenzuhalten und sich um eine für alle Seiten akzeptable Lösung der Konflikte in der Ukraine zu bemühen. An Herausforderungen für das neue Oberhaupt der größten orthodoxen Kirche mangelt es nicht: Im Herbst wollen Kirchenreformer eine „gesamtrussische orthodoxe Versammlung“ abhalten und dabei Leitlinien für eine grundlegende Erneuerung ihrer Kirche erörtern. ru

Alarmierend

Der jüngste UN-Bericht zur Bevölkerungsentwicklung

Der diesjährige UN-Weltbevölkerungsbericht – in Deutschland verbreitet von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen – schlägt einen alarmierenden Ton an. Maßgebend dafür sind zunächst wohl die zeitlichen Umstände. Wir sind in das letzte Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende eingetreten. Dies ist ein hilfreicher Anlaß, um auf dramatische Entwicklungen aufmerksam zu machen, die weit in das kommende Jahrhundert hineinreichen, und eine gute Gelegenheit, vor allem an das bevölkerungspolitische Gewissen von Regierungen zu appellieren, sie möchten vor der schicksalhaft drohenden Katastrophe einer die Ressourcen dieser Erde unwiederbringlich aufzehrenden Überbevölkerung nicht die Augen verschließen und der Situation zu steuern versuchen, solange das noch Sinn gibt. Der eigentliche Anlaß der massiven Warnungen ist aber das *Eingeständnis einer demographischen Fehlkalkulation*. Noch Mitte der achtziger Jahre gingen die Bevölkerungsexperten der Vereinten Nationen davon aus, daß sich das Bevölkerungswachstum in der Tendenz zwar nicht umkehren, aber doch kontinuierlich eindämmen lasse. Fast überall – Ausnahmen blieben die Länder Südasiens (vor allem Indien, Pakistan, Bangladesch) und einige Gebiete Afrikas – gab es rückläufige Zuwachsraten. Die Statistiker rechneten aufgrund dieses Rückgangs damit, daß die damals erstellte mittlere Prognose

(von drei möglichen Varianten) sich realisieren und die Bevölkerungszahl langfristig – zum Ende des nächsten Jahrhunderts – sich bei 10 Milliarden Gesamtbevölkerung einpendeln würde.

Nach den jüngsten Prognosen ist aber selbst dieses Ziel nicht mehr zu erreichen. Der Bericht signalisiert, daß bereits die Annahmen für die achtziger Jahre beträchtlich überschritten wurden, daß die Wachstumsraten in den meisten Entwicklungsländern einen *geringeren Rückgang* aufweisen als noch vor 5 Jahren angenommen und daß bei Zugrundelegung der Wachstumsraten der letzten Jahre langfristig mit einem noch höheren Wachstum zu rechnen ist, mit einem Anstieg von jetzt 5,3 Milliarden auf 11 Milliarden bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts. Und selbst das erscheint den Verfassern des Berichts noch als eine niedrige Annahme; im schlimmsten Fall müsse mit einer Gesamtbevölkerung bis zu 14 Milliarden gerechnet werden.

Am dramatischsten erweist sich die Entwicklung in *Südasien*. Dort sank die Fruchtbarkeitsrate von 1975 bis 1980 noch von 6 auf 5,3 Kinder pro Frau, aber in den fünf Jahren darauf nur noch von 5,3 auf 5,1 Kinder. 95 Prozent des Bevölkerungswachstums gehen zu Lasten der Dritten Welt mit beträchtlichen kontinentalen und regionalen Verschiebungen im Gefolge. In Europa lebten 1950 noch 22 Prozent der Weltbevölkerung, nach den im Bericht genannten Projektionen werden es schon 2025 weniger als 9 Prozent sein. In *Afrika* lebten 1950 nur 9 Prozent, im Jahr 2025 werden es nach der gleichen Projektion bereits an die 20 Prozent sein. Das Bevölkerungsverhältnis zwischen Europa und Afrika würde sich in dieser Zeitspanne also nahezu umkehren. Süd- und Ostasien weisen mit ca. 1,2 Milliarden Menschen noch eine ungefähr gleiche Bevölkerungszahl auf; aber aufgrund der höheren Wachstumsrate – gegenwärtig 2,3 Prozent – wird für die südasiatischen Länder bis zum Jahre 2025 mit einer Zunahme auf 2,174 Milliarden gerechnet, in den ostasiatischen Län-

dern hingegen nur mit einer Zunahme bis zu 1,6 Milliarden. Für *Lateinamerika* wird für den gleichen Zeitraum eine Steigerung von jetzt 448 Millionen auf 760 Millionen prognostiziert.

Der Bericht möchte aber nicht in erster Linie mit Zahlen und globalen Berechnungen schrecken, hinter denen sich, selbst bezogen allein auf die Entwicklungsländer, auch demographisch sehr unterschiedliche Situationen verbergen. Er will vor allem auf *die Folgen* aufmerksam machen, mit denen im Falle eines nicht eingedämmten Bevölkerungswachstums vor allem in den Ländern der Dritten Welt, aber von dort ausgehend weltweit zu rechnen ist. Die Nahrungsmittelproduktion kann mit dem Bevölkerungswachstum – selbst auf dem niedrigen Niveau heutiger Entwicklungsländer – nicht Schritt halten. Damit verschlechtert sich die Aussicht auf die Verbesserung der Ernährungssituation langfristig mit allen Folgen für die einzelnen und das gesellschaftliche Zusammenleben. Die katastrophalen Auswirkungen allein schon durch das Bevölkerungswachstum – ohne Berücksichtigung der zu erstrebenden Angleichung des Zivilisationsniveaus – auf den Ressourcen- und Energieverbrauch, damit auf die Lebensbedingungen auf der Erde insgesamt (Klimaveränderung, Treibhauseffekt) sind abzusehen.

Da ist es sehr plausibel, daß die Bevölkerungsstatistiker vor allem die Regierungen der Dritte-Welt-Länder mahnen, im Bemühen um niedrigere Geburtenraten nicht nachzulassen, die *Aufklärung über das generative Verhalten* als Teil der Verantwortung für die nächsten und übernächsten Generationen zu intensivieren und alle Möglichkeiten der Empfängnisregelung durch Zurverfügungstellung „sicherer“ Verhütungsmittel zu nutzen. Die Sprache des Berichts ist diesbezüglich um so eindringlicher, als er vermutet, der geringere Rückgang der Steigerungsraten menschlicher Fruchtbarkeit in den achtziger Jahren sei nicht zuletzt auf das Nachlassen der Bemühungen der Regierungen in diesem Punkt zurückzuführen. Je enger die Finanzierungspielräume würden, um so mehr werde bei sozial- und gesund-

heitspolitischen Maßnahmen, die das generative Verhalten beeinflussen, gestrichen. Damit aber beiße sich die Katze entwicklungspolitisch in den Schwanz.

So richtig das ist, so *einseitig technologisch* geht der Bericht das Bevölkerungsproblem dennoch an. Bei der Empfehlung von Gegenstrategien ist zwar viel von der Entwicklung und Pflege der „menschlichen Ressourcen“ die Rede. Gemeint ist damit vor allem Einwirkung auf das generative Verhalten durch mehr Aufklärung und bessere Bildung – vor allem der Frauen. Aber es fehlt eine plausible *Darstellung der kultur- und sozialbedingten Faktoren*, die das Bevölkerungswachstum bedingen. Wie so oft wird auch in dem UN-Bevölkerungsbericht zu wenig gewürdigt, daß die Menschen nicht nur arm sind, weil sie viele Kinder haben, sondern daß sie viele Kinder haben, weil sie arm sind, und daß das Bevölkerungsproblem kaum direkt, sondern nur als Teilproblem einer *ganzheitlich konzipierten Entwicklungsstrategie* angegangen werden kann, auch wenn dafür *Zeiträume* nötig sind, die fast nicht mehr zur Verfügung stehen.

Auf der anderen Seite wäre es aber auch gefährlich, das Problem sozusagen in seinen Kontext aufzulösen. *Kirchliche Sprecher* begeben sich leicht in diese Gefahr, nicht selten um ein noch nachwirkendes *natalistisches Weltbild* nicht in Frage stellen zu müssen. Auch wenn die christlichen Gemeinschaften in den von der Bevölkerungsexplosion besonders betroffenen Ländern – von Lateinamerika und den Philippinen abgesehen – nur eine kleine Minderheit darstellen, so ist ihr *kultureller Einfluß* doch beträchtlich, und sie kennen die konkrete Lebenslage der Menschen und können so den Sinn für verantwortliche Elternschaft wecken. Ihre Verantwortung für die Bevölkerungsentwicklung ist insofern beträchtlich.

Pauschale Postulate wie das bekannte, es gelte nicht die Zahl der Esser zu beschränken, sondern die verfügbare Nahrungsmenge zu vermehren, sind da wenig hilfreich. „Erkenntnisse“, wie die noch nicht lange zurückliegenden eines mit der Materie einschlägig

befaßten Kardinals, allein Australien sei schon ressourcenreich genug, um die gegenwärtige Gesamtbevölkerung der Erde zu ernähren, sollten angesichts der in der Tat dramatischen Bevölkerungsentwicklung der Vergangenheit angehören. Und der leidige Methodenstreit um „natürliche“ (erlaubte) und „künstliche“ (unerlaubte) Empfängnisverhütungsmittel auch. Es gibt in dem Zusammenhang genügend andere und tiefere moralische Probleme, auch solche der Verhütung, denen es an den Fersen zu bleiben gilt. Aber vor allem ist die Begrenzung des Bevölkerungswachstums selbst eine sittliche Aufgabe. se

Kirchendilemma

In was für Verlegenheiten Rom die Wohlmeinenden stürzt

Schon *bei der Berufung von Kardinal Meisner* nach Köln wurde das Dilemma spürbar: Der Papst hatte sich von vornherein auf den einen Kandidaten für die Nachfolge Kardinal Höffners, eben Meisner, festgelegt. Die Liste, aus der das Domkapitel den Erzbischof von Köln nach dem preußischen Konkordat „zu wählen hat“, sollte nur der Form genügen. Für den Papst war selbstverständlich, daß er Meisner ernennen könne, wenn bei der Wahl durch das Domkapitel keine Mehrheit zustande komme. Widerspreche aus dem Inneren der Kirche half nichts. Die römische Seite bewegte sich erst – einen halben Schritt –, als zwei Ministerpräsidenten deutscher Länder die Einhaltung des nach ihrer Meinung verletzten Konkordats anmahnten. Am Ergebnis hat sich dadurch bekanntlich nichts geändert, nur der Weg dahin wurde durch die Änderung der Wahlordnung leidlich applaniert.

Das Dilemma: Katholiken bzw. ortskirchliche Instanzen rekurrieren auf das Konkordatsrecht und bedienen sich damit indirekt oder auch mehr oder weniger direkt *des staatlichen*

Arms wenn sie gegen sich weiter verschärfenden römischen Zentralismus und einen ungebrochenen päpstlichen Durchsetzungswillen ihre Mitwirkungsrechte wenigstens annäherungsweise zur Geltung bringen möchten. Kirchlichem Selbstverständnis entspricht das ganz und gar nicht. Der Geist der sakramental-trinitarisch grundgelegten *Communio* und die Freiheit, zu der „Christus uns befreit hat“ (Gal 5, 1), müßten Gewähr sein, daß nur solche Formen binnenkirchlicher Entscheidungsfindung angewandt werden, die jede Zuhilfenahme staatlichen Einwirkens überflüssig machen. Dies war auch die Linie des Zweiten Vatikanums, das alle diesbezüglichen staatlichen Mitwirkungsrechte zu Recht zurückdrängen, wenn nicht ganz beseitigen wollte. Doch die gewiß von seelsorglichen Motiven gespeiste, aber deswegen nicht minder autokratische Vorgehensweise Roms läßt keine andere Möglichkeit, als mit Hilfe vertraglich-staatskirchenrechtlicher Garantien die eigenen Mitwirkungsrechte in Anspruch zu nehmen.

Noch deutlicher wird dasselbe Dilemma jetzt in der Schweiz am *Fall Haas* (vgl. ds. Heft S. 311). Ein bestimmter Bischofskandidat wird von Rom durchgesetzt, ein Kandidat nach den Vorstellungen der Kurie und des bischöflichen Vorgängers in Chur, aber nicht nach der überwiegenden Mehrheit der katholischen Bevölkerung der betroffenen Kantone. Deswegen umgeht man das seit alters und vertraglich zugesicherte Wahlrecht der Churer Domkapitulare, ernennt Haas zum Koadjutor und jetzt trotz heftiger Proteste und zu einem nicht erwarteten Zeitpunkt zum Nachfolger von Bischof *Vonderach*.

Eidgenossen, auch katholische, lassen sich allerdings nicht so leicht etwas von außen aufzwingen, was gegen ihre Rechtsgesinnung und ihren Verstand geht. Deswegen herrscht jetzt von Graubünden bis Schwyz und besonders in Zürich kirchlicher Kriegszustand. *Zürich* drängt nicht zum erstenmal, aber jetzt in geharnisstem Protest auf die *Errichtung einer eigenen Diözese*, was kurialen Instanzen insoweit entgegenkäme, als der Papst den